

Amnesty International ruft zum Kampf gegen Folter auf

von Walter Keller

Amnesty International (ai) hat im November zum Kampf gegen Folter in Nepal aufgerufen. ai-Generalsekretär Pierre Sané rief Regierung, Polizei und Streitkräfte, politische Parteien, die neugegründete 'National Human Rights Commission' sowie Nichtregierungsorganisationen dazu auf, den Kampf gegen Folter und die nunmehr im Land anlaufende Kampagne dagegen nach allen Kräften zu unterstützen.

ai zufolge vergeht in Nepal kein Tag,

wo nicht über Folteranwendung berichtet wird. "Wir haben die Macht, diesen Akt der Unmenschlichkeit zu beenden", sagte der ai-Generalsekretär in London.

Unter den Folteropfern befinden sich immer wieder auch Frauen und Kinder; die Opfer sind verdächtige Straftäter oder Menschen, die wegen irgendwelcher Streitigkeiten bezüglich Land oder anderer lokaler Dispute in Haft sitzen. Ganz besonders gefährdet sind politische Gefangene, vor allem Mitglieder der

verbotenen 'Communist Party of Nepal-Maoist' (CPN).

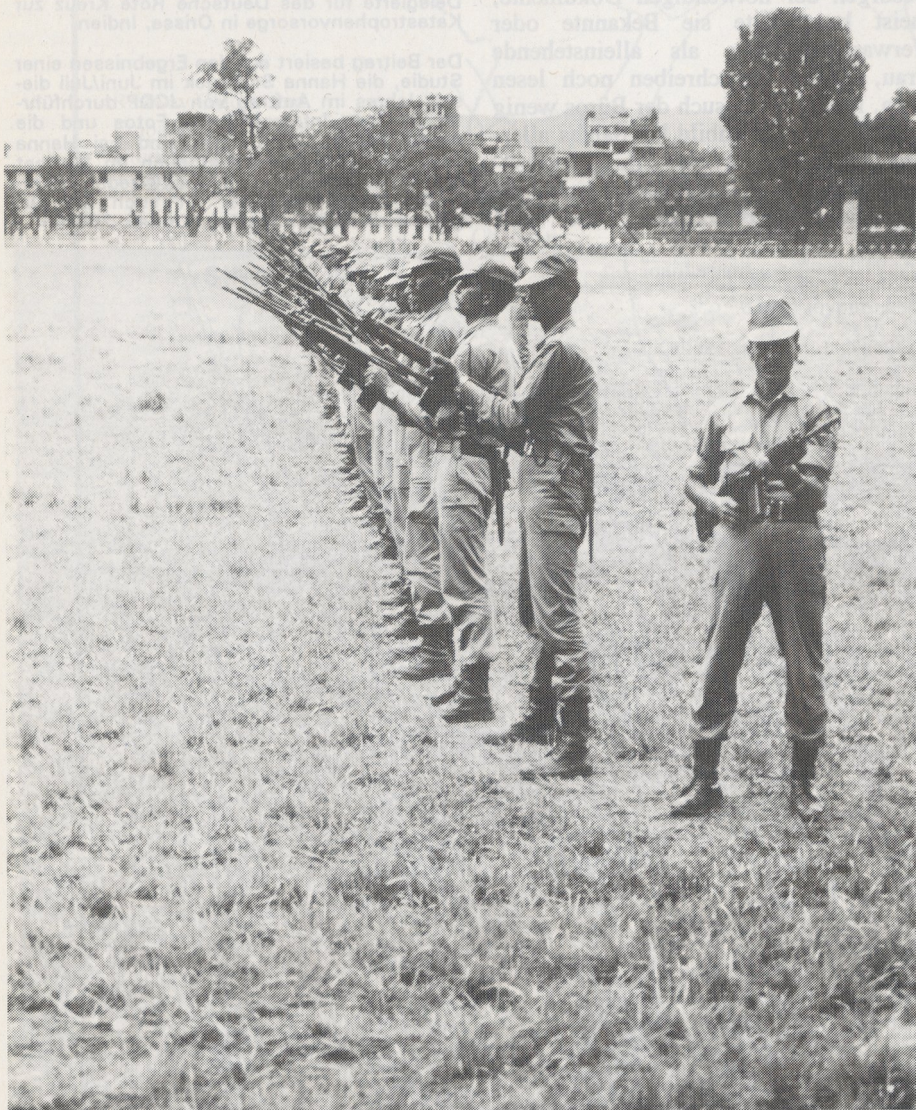
Die meisten werden Opfer der Polizei, aber auch andere staatliche Bedienstete sind für Folteranwendung verantwortlich. Dazu zählen Beamte der Forstbehörde ebenso wie das Wachpersonal in Gefängnissen.

ai geht davon aus, daß auch Mitglieder der CPN für Folteranwendung verantwortlich sind.

Die in diesen Tagen in Nepal beginnende Kampagne gegen Folter wird mit einer Motorrad-Rally von Ost- nach Westnepal über eintausend Kilometer eröffnet. ai sowie Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen werden auf dem Weg viele Polizeistationen besuchen und die leitenden Beamten auffordern, die Polizeiwache zu einer "folterfreien Zone" zu erklären. Am Ende der Kampagne im Dezember 2001 will man die zuvor besuchten Polizeistationen erneut besuchen und feststellen, ob die Polizei ihr Versprechen gehalten hat. Auch Kinder sollen bei den Besuchen auf den Polizeiwachen dabei sein, damit sie ihre Eindrücke in Briefen an den Innenminister schildern können.

Zur Bekämpfung von Folter haben Mitarbeiter von ai-Nepal bereits in den letzten drei Jahren zahlreiche Regierungsbeamte durch Kurse über Fragen von Menschenrechten unterrichtet und dabei auch auf das Problem der Folter hingewiesen. ai fordert von der Regierung, Menschenrechtserziehung als Bestandteil der Ausbildung von Polizeibeamten vorzusehen. Dabei kommt der vor kurzem gegründeten 'National Human Rights Commission' eine Schlüsselrolle zu. In diesem Zusammenhang wünscht ai von der Regierung, die 'Commission' frei und unabhängig arbeiten zu lassen.

Ende November will ai-Nepal anlässlich eines Seminars auch darüber diskutieren, wie der vor vier Jahren eingeführte 'Torture Compensation Act' effektiver gestaltet werden kann. ai-Angaben zufolge wurde seit Inkrafttreten des Gesetzes kein Folteropfer vom Staat für das zugefügte Unrecht entschädigt.



Nicht nur die Sicherheitskräfte sind für die wachsende Folteranwendung in Nepal verantwortlich (Foto: Walter Keller)